# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1998.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 6,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kompaktzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Belegbeilegung 10 Pf.

Nr. 189 | Dresden, Montag den 15. August 1921 | 32. Jahrg.

## Sozialdemokratie und Koalitionspolitik

In Thüringen wird gegenwärtig ein Wahlkampf geführt, der für ganz Deutschland lehrreich ist. Die S.P.D. und U.S.P. stehen dort in einem gemeinsamen Kampfe gegen die bürgerliche Reaktion und die Kommunisten. Im neuen Heft der Glocke unterzieht Genosse Fellisch diese Situation einer Betrachtung, wendet sich mit Hinweis auf die ähnliche Lage in Sachsen gegen die Kommunisten und schreibt:

Wir brauchen ja nur in die Landesparlamente von Sachsen und Thüringen zu blicken. In beiden Parlamenten haben die sozialistischen Arbeiterparteien nur eine Mehrheit von ein bis zwei Stimmen über das Bürgertum besessen. In beiden Kammern waren die sozialistischen Parteien auf die parlamentarische Unterstützung der Kommunisten angewiesen. In beiden Landtagen wurde diese sozialistische Parlamentsmehrheit dadurch in ihrem Schaffen und in ihren Erfolgen behindert, daß die Kommunisten aus ganz gleichem Anlasse — nämlich wegen der Bewilligung der Grundsteuer bzw. der Gewerbesteuer — gemeinschaftlich mit den Bürgerlichen gegen die andern beiden sozialistischen Parteien stimmten oder zu stimmen bereit waren.

In Thüringen ist durch dieses geradezu leichtsinnige und sträfliche Verhalten der Kommunisten der Landtag zur Auflösung gezwungen worden. In Sachsen wurde die Krise lediglich durch einen Vertagungsantrag nochmals hinausgeschoben, und ob es hier entweder in den Fragen der Grund- und Gewerbesteuer zwischen den Unabhängigen und Mehrheitssozialisten auf der einen und den vereinigten bürgerlichen Parteien auf der andern Seite zu einer Verständigung kommen wird, oder ob bei ruhiger Ueberlegung die Kommunisten doch noch zu der Einsicht kommen werden, daß sie mit ihrer Politik dem Schwenden nur einen Gefälligkeitsdienst erwiesen haben, der einer schweren Gefährdung der wichtigsten Interessen der Arbeiter gleichkommt, das steht noch dahin. Auf jeden Fall beweisen die Vorgänge in Sachsen und Thüringen recht drastisch, daß die Spaltung der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft in drei verschiedene Parteien ein wahres Unglück geeignet ist, den Wert des Parlamentarismus täuschenderweise wesentlich erheblich herabzusetzen. . . . Auf die Dauer wird es sicherlich nicht so weitergehen können, und die Kommunisten werden in nachdrücklicher Weise von uns Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen vor dem arbeitenden Volke verantwortlich gemacht werden müssen für die Bütteldienste, die sie heute den kapitalistisch-bürgerlichen Parteien im Parlamente leisten. Irgendeiner politischen Partei, und seien es auch die Kommunisten, ist natürlich als Arbeitsgemeinschaftspartei nur so lange der Vorzug zu geben, als diese Partei der Politik der Arbeiterklasse auch die Treue bewahrt. Wenn sie aber dem Bürgertum die Hand reicht, um gemeinschaftlich die politische Machtposition des Proletariats im Staate mit brechen zu helfen, da wird sie zum unsicheren Bundesgenossen, der moralisch noch weit niedriger bewertet werden muß als der wütendste kapitalistische Gegner.

Auf den Kommunisten liegt deshalb in einem solchen Falle, wie er sich in Thüringen jetzt ereignet hat und in nicht allzu ferner Zeit in Sachsen wie im Reiche abspielen kann, ein außerordentlich hohes Maß von Verantwortung. Und wo es bei einer solchen Wahl, bei der Zufälligkeiten und Augenblicksgeschehnisse mitunter eine nur allzu ausschlaggebende Rolle spielen können, zu einer Niederlage der Arbeiterklasse käme, da wäre der dadurch errungene Sieg des Bürgertums einzig und allein auf das Schuldenkonto der Kommunisten zu setzen. Keine sozialistische Partei, seien es nun die Unabhängigen oder Mehrheitssozialisten, wird sich deshalb allzu sehr nach den Kommunisten als Arbeitsgemeinschaftsgenossen in irgendeinem Parlament zu sehnen haben.

Solche Tatsachen stellen die sozialistische Arbeiterschaft immer wieder vor die Notwendigkeit, eine Koalition mit einer annehmbaren bürgerlichen Partei einzugehen. Augenblicklich gibt es leider kaum eine einzige bürgerliche Partei, die politisch zuverlässig genug wäre, um einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie völlig würdig zu sein. Man braucht über die Deutschnationalen und Volksparteiler, so wie sie augenblicklich beschaffen sind, in diesem Zusammenhang kaum ein Wort zu verlieren. Aber auch die Demokraten, besonders diejenigen, wie wir sie in Thüringen und Sachsen im Parlament sitzen haben, können nur als kapitalistischer Mischmasch gelten, und manche ihrer Vertreter stehen dem reaktionären Kurse geradezu gefährlich nahe. Säßen wirkliche Demokraten in den deutschen Parlamenten, dann wären Parlamentsarbeitsgemeinschaften und Regierungskoalitionen, die imstande wären, die Republik zu sichern und den sozialen Aufstieg der wirtschaftlich Schwachen zu fördern, nicht schwer zustande zu bringen. Aber manche der heutigen Demokraten haben ja leider nur noch die zerbrochene Stange der schwarzrotgoldenen Fahne als letztes Symbol ihrer geschichtlichen Vergangenheit behalten.

Wir verstehen darum die Abneigung der U.S.P., mit diesen unzuverlässigen Kantonisten, denen das Zentrum an Unzuverlässigkeit ähnelt, eine Regierungsgemeinschaft einzugehen. Da es in der Politik jedoch oft nur zwischen dem größten und dem kleineren Uebel zu entscheiden, da es in Zukunft gilt, Republik, Demokratie und damit die ganze Zukunft des Sozialismus gegen die reaktionäre Gefahr zu verteidigen, kommt für den Sozialisten als Bundesgenossen in Frage, was sich grundsätzlich zur Demokratie und Republik bekennt. Weil von den Kommunisten auf absehbare Zeit die Unterstützung einer realisierbaren sozialistischen Politik nicht zu erhoffen steht, bleibt nur der sozialdemokratisch-unabhängige Weg. Wo er in der Minderheit ist und die Gefahr einer reaktionären Regierung besteht, bleibt nichts übrig als das Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken.

Genosse Fellisch sagt zum Schluß seines Artikels, daß sich allerdings die Unabhängigen eines Tages im Reiche wie in den Einzelstaaten zu entscheiden haben werden, ob sie mit uns und bürgerlichen Linksparteien die Grundlagen des kommenden Volksstaates schützen und erweitern oder ob sie die Regierung in die Hände der Reaktion spielen wollen. Aus unserm Auszuge geht ebenso deutlich wie aus dem ganzen Artikel in der Glocke hervor, daß für Fellisch eine solche Koalition mit bürgerlichen Linksparteien nur unter ganz bestimmten Garantien in Frage kommt. Im übrigen zieht Fellisch aus dem thüringischen Kampf die Nutzanwendungen, die für die Sozialdemokratie nicht neu sind, die nur durch die Situation in Thüringen und Sachsen eine besondere Beleuchtung erfahren. Wer aus dem Artikel etwas andres herausliest, hat entweder von den innerhalb der Sozialdemokratie allgemein geltenden Anschauungen keine rechte Ahnung oder er kann nicht richtig lesen.

Vielleicht denken der Dresdner Anzeiger und die Dresdner Nachrichten einmal darüber nach, welches Odium der beiden Diagnosen sie auf sich nehmen wollen. Beide Blätter nämlich bringen eine Zuschrift, in der Fellischs Wendung gegen die Kommunisten und sein Appell an die Unabhängigen als Zeichen des Umlernens gedeutet werden. Der Anzeiger glaubt zwar selber nicht recht daran, denn für eine Wandlung bleibt ihm „der Minister noch viel zu sehr im Negativen stecken." . . . Er findet weiter auch ganz richtig heraus, daß Fellischs Artikel eine neue Frontstellung gegen die Deutsche Volkspartei bedeutet, doch just über diesen Punkt müsse Fellisch noch hinausgelangen. . . .

Zu all diesem Gerede ist festzustellen, daß weder Fellisch, noch die Genossen des Chemnitzer Bezirks, noch sonst jemand in der Sozialdemokratie zu den Kommunisten seit dem Anschluß an Moskau eine andre Stellung eingenommen hat, als sie in dem zitierten Artikel zum Ausdruck kommt. Unser Bekenntnis zur Demokratie und das der Kommunisten zur Diktatur zieht zwischen ihnen und uns eine klare Trennungslinie. Und ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie von Fall zu Fall und soweit die Möglichkeiten eines politischen Zusammenarbeitens gegeben sind, haben die Sozialdemokraten bisher theoretisch verfochten und praktisch betätigt. Die sogenannte Chemnitzer Richtung hat darin keine Ausnahme gemacht. Soll aber diese Politik der Koalition mit republikanisch-demokratischen Parteien möglich sein, soll sie besser gesichert werden als das bisher der Fall war, so ist es notwendig, daß die Unabhängigen von ihrem bisherigen Standpunkt abgehen. Sonst könnte es passieren, daß eines Tages zwar eine sozialistisch-demokratische Regierung im Reich oder in den Einzelstaaten die Mehrheit finden könnte, daß sie aber einer reaktionären Koalition weichen müßte, weil die Unabhängigen sich auf ein Prinzip verbeißen, das von dem politisch reiferen Teil der deutschen Arbeiterschaft längst nicht mehr verstanden wird.

Zu den Voraussetzungen solcher Koalitionsmöglichkeiten gehört allerdings auch, daß die Demokraten wirkliche Demokraten werden, was man von einem großen Teile ihrer Leute weder im Reich noch in Sachsen und Thüringen behaupten kann. Dies und nichts andres drückt Fellisch in seinem mit sächsisch-thüringischen Lehren belegten Artikel aus.

### Arbeitsgemeinschaft zwischen S.P.D. und U.S.P.D. in Braunschweig

**Braunschweig**, 13. August. Auch im Lande Braunschweig beginnt sich bei der U.S.P.D. allmählich das Bewußtsein einzustellen, daß es nicht allein darauf ankommt, den „starken Mann" zu spielen. So ist nunmehr in der Stadt Schöningen gelegentlich eines Stadtverordnetenkonflikts eine Arbeitsgemeinschaft zwischen den sozialistischen Fraktionen, und zwar die erste innerhalb des Freistaates Braunschweig, gebildet worden. Angesichts der eigenartigen Verhältnisse im Freistaat Braunschweig dürfte dies den Auftakt zu einer durchgreifenden Änderung der [illegible] Taktik bedeuten.

## Die irische Frage

**London**, 14. August. Heute ist der Text der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Irland veröffentlicht worden. Er zeigt, daß die Regierung Irland den Status des britischen Ueberseedominien anbietet mit vollständiger Autonomie in der Besteuerung, den Staatsfinanzen und der Verteidigung im Innern. Das Anerbieten ist aber an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, unter denen zu erwähnen ist, daß die britische Flotte das Meer kontrollieren und daß Irland im Verhältnis zu den Kosten des britischen Heeres, der Flotte und der Kriegsschulden und Pensionen beitragen muß. De Valera sagt in seiner Erwiderung vom 10. August, daß das Sinnfeinerparlament die britischen Vorschläge nicht annehmen könnte und daß das irische Volk sie nicht annehmen würde, da sie sich widersprechen. Die Vorschläge erkennen Irlands Recht auf die Selbstbestimmung an, machten diesen Grundsatz aber unwirksam durch die daran folgenden Festsetzungen, die eine unzulässige Einmischung in irische Angelegenheiten bedeuten. De Valera wiederholt, daß das irische Recht, für sich selbst zu wählen, als unveräußert anerkannt werden müsse. Irland sei gleich den kleinen Staaten Europas bereit, seine Unabhängigkeit auf der Grundlage [illegible] zu wagen.

Lloyd George antwortete auf diese Erwiderung Donnerstag am 13. August. Er erklärte, die britische Regierung könne ein Recht Irlands, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht anerkennen. Auf das nördliche Irland (Ulster) könne kein Zwang ausgeübt werden. Die geographische Lage Irlands mache Irland zu einem unteilbaren Teil des britischen Interesses. Lloyd George forderte Delavera von neuem auf, die Vorschläge der britischen Regierung in Erwägung zu ziehen.

Nachdem das englische Kabinett die Antwort Delaveras beraten hat, erwartet man, daß Lloyd George im Unterhaus eine Erklärung abgeben wird.

## Die letzte Pariser Sitzung

In der Sonnabendsitzung des Obersten Rates wurde u. a. der Text des Schreibens festgelegt, der von dem Vorsitzenden des Obersten Rates an den deutschen Botschafter in Paris und an den polnischen Gesandten übermittelt werden soll, um sie von der Entscheidung des Obersten Rates in Kenntnis zu setzen. Das dem deutschen Geschäftsträger am Abend überreichte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herr Geschäftsträger! In Anbetracht der Schwierigkeiten, die die Festsetzung einer Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien bietet, hat der Oberste Rat die Entscheidung, die ihm in dieser Hinsicht gemäß Artikel 88 des Vertrages von Versailles obliegt, vertagt. Der Oberste Rat ist sicher, daß die Bevölkerung Oberschlesiens die Gesinnung zu würdigen wissen wird, die ihn dazu geführt hat, eine überstürzte Lösung abzulehnen. Im übrigen wird nichts unterlassen werden, damit dieser Aufschub so kurz wie möglich ist. Der Oberste Rat rechnet fest darauf, daß die deutsche Regierung ihrerseits das deutsche Volk auffordern wird, bis zur endgültigen Entscheidung die größte Ruhe zu bewahren, und daß sie gleichzeitig ihren ganzen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausüben wird, damit diese die Autorität der Interalliierten Kommission achtet. Der Oberste Rat lenkt insbesondere die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die schwere Verantwortung, die sie auf sich laden würde, wenn sie es unterlassen sollte, auf ihrem Gebiete, insbesondere an den Grenzen Oberschlesiens, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jeden Versuch zu verhindern, der darauf abzielt, Unruhen in dem Abstimmungsgebiet zu fördern, oder wenn sie nicht jede Zufuhr von Waffen und Munition und jedes Ueberschreiten von Banden oder Bewaffneten streng unterbindet.

Der Oberste Rat beschäftigte sich alsdann mit der Frage der Kontrollkommissionen in Deutschland. Es wurde schließlich beschlossen, die in Deutschland bestehenden Kontrollkommissionen beizubehalten. Gemäß dem Vorschlag des Marschalls Foch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Als Sitz der Luftschiffahrtskommission wird von dem interalliierten Ausschuß Versailles bestimmt.

Der Oberste Rat beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung auch mit der Frage der Versorgung Rußlands und beschloß, einen internationalen Ausschuß, der nicht nur Vertreter der Alliierten umfassen soll, einzusetzen, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Der Oberste Rat soll in diesem Ausschuß durch drei Mitglieder vertreten sein.

Des ferneren wurde die Orientfrage besprochen und Marschall Foch gab Aufklärung über die strategische Lage, die Lage in den Meerengen und über deren Verteidigung, die sichergestellt werden müsse für den Fall, daß ihre Neutralität durch Griechenland oder durch die Türkei verletzt werde. Außerdem besprach der Oberste Rat die finanzielle Lage Oesterreichs. Die für Oesterreich vorgesehene Hilfe ist abhängig davon, daß Amerika auf seine Hypothek auf Oesterreich verzichtet. Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte, eine Vorlage sei im amerikanischen Parlament eingebracht worden, um diese Hypothek aufzuheben. Der Oberste Rat sprach infolgedessen einstimmig den Wunsch aus, die Regierung der Vereinigten Staaten möge diesen Entwurf möglichst bald verabschieden lassen.

Vor Schluß der Sitzung nahm der Oberste Rat auf Antrag Briands und mit Zustimmung sämtlicher Mitglieder folgende Entschließung an:

Bei Beendigung seiner Arbeiten bestätigt der Oberste Rat abermals seinen Willen, ein enges Einvernehmen zwischen den Alliierten aufrechtzuerhalten. Mehr als je erachtet er ein solches für unumgänglich nötig für den Weltfrieden.

### Die Kriegsbeschuldigten

Die Entschließung, die der Oberste Rat gestern vormittag in der Frage der Kriegsbeschuldigten gefaßt hat, lautet wie folgt:

Entsprechend der Note der alliierten Regierungen vom 7. Mai 1920 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation wird eine Kommission eingesetzt, die dem Obersten Rat ihre Ansichten über die Ergebnisse der vom Reichsgericht in Leipzig eingeleiteten Verfahren sowie über die von diesem Gerichtshof in Sachen derjenigen Personen, deren Auslieferung auf Grund von Artikel 228 des Friedensvertrages von den Regierungen gefordert wird, gesprochenen Urteile mitteilen soll. Die Kommission soll auch Berichte einreichen über die künftig im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages einzuschlagende Haltung. Diese Kommission wird aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Japans bestehen, und jedes dieser Länder soll die Möglichkeit haben, sich durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Bemerkenswert aus der Debatte über diese Frage ist, daß die Engländer außer in einem Falle an den Leipziger Urteilen nichts beanstandeten, Belgien jedoch an dem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210815/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG